

N i e d e r s c h r i f t

**der 13. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 07.03.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Joachim Geuther	CDU
Herrn Gernot Töpfer	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS
Frau Heidrun Tannenber	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herrn Dirk Neubauer	WIR. FÜR HALLE.
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus Adam	SKE
Herr Swen Knöchel	SKE
Herr Matthias Waschitschka	SKE
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verw
Frau Annett Groß	Verw
Frau Christine Gruß	Verw
Herr Martin Heinz	Verw
Herr Hans-Joachim Kloppe	Verw
Herr Wolfgang Meissner	Verw
Frau Elke Rost	Verw

Entschuldigt fehlen:

Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	entschuldigt
Herr Nico Baresel	SKE	
Frau Gabriele Maier	SKE	
Herr Klaus Müller	SKE	entschuldigt
Herr Thomas von Malottki	SKE	
Herr Egbert Geier	BG	entschuldigt

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
4. Vorlagen
- 4.1. Jahresrechnung 2005 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2007/06312
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Tannenberg, eröffnet und leitet die Sitzung. Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung wird bestätigt

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift (öffentlicher Teil) der 12. Sitzung am 07.02.2007 und die Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung am 15.02.2007 werden in der vorliegenden Fassung genehmigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Jahresrechnung 2005 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin Vorlage: IV/2007/06312

Frau Tannenberg stellt in ihren Vorbemerkungen fest, dass die Einladung innerhalb der Ladefrist übersandt wurde. Der Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 ist am 22.02.07 den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses persönlich zugestellt worden. Zugleich konnte die Stellungnahme der Verwaltung zum Schlussbericht 2005, eingegangen im Fachbereich Rechnungsprüfung am 21.02.2007, nachgereicht werden. Die Ursachen der verzögerten Ausreichung lagen im erforderlichen Abstimmungsbedarf mit der Verwaltung begründet.

Die Ausschussmitglieder hatten damit die Gelegenheit, sich mit dem Material zu befassen und Fragestellungen bereits im Vorfeld der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses bzw. dem FB Rechnungsprüfung direkt zukommen zulassen.

Diese Möglichkeit wurde von **Herrn Knöchel** wahrgenommen, der nach Konsultation im Fachbereich Rechnungsprüfung am 06.03.2007 und Einsichtnahme in die Jahresrechnung 2005, nachfolgende Anfragen zur Schlussberichterstattung 2005 in schriftlicher Form einreichte:

„Anfragen zur Schlussberichterstattung 2005

Zu 3.2.1. und Anlage 3 Haushaltsvergleich – Wesentliche Abweichungen

Das Rechnungsergebnis des Verwaltungshaushaltes weist in allen Bereichen sowohl Mindereinnahmen als auch Mehrausgaben auf.

Bei welchen Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes kam es zu wesentlichen Planabweichungen?

Es wird um Aufgliederung der Haushaltsstellen mit Mehr- oder Wenigereinnahmen bzw. Mehr- oder Wenigerausgaben ab 100.000 € je Einzelansatz gebeten.

Zu 3.2.1. und 3.12.2. Grundsteuern

Die Einnahmen an Grundsteuern lagen mit 1,1 Mio. € unter dem Planansatz. Die Einnahmen aus der Grundsteuer sind im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren rückläufig.

Worin liegen hierfür die Ursachen?

Wie bewertet die Verwaltung den Einnahmerückgang unter Berücksichtigung des Umstandes, dass es sich bei der Grundsteuer um eine Steuer handelt, die ein Grundstück und dessen Einheitswert zum Gegenstand hat?

Wie viele geänderte Grundsteuerbescheide aufgrund von Wertfortschreibungen hat das Stadtsteueramt im Haushaltsjahr 2005 erlassen? In wie vielen Fällen lag diesen ein niedrigerer Einheitswert zur Vorveranlagung zu Grunde?

Warum veranschlagte die Verwaltung trotz des Rückganges von 1,1 Mio. € im Haushaltsjahr 2007 unverändert 22 Mio. €? Welche Annahmen liegen diesem Planansatz zu Grunde?

Zu 3.3. Über- und außerplanmäßige genehmigte Haushaltsüberschreitungen

Wie gliedern sich diese Ausgaben auf die Einzelpläne auf?

Zu 3.7. Kasseneinnahmereste

Die unbereinigten Forderungen der Stadt Halle (Kasseneinnahmereste) beliefen sich lt. Schlussbericht auf 47.948.703,53 €. Somit betragen die nicht realisierten Einnahmen ca. 10 % der im Rechnungsergebnis ausgewiesenen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes!

Nach Tz. 4 VV zu § 42 GemHVO soll von diesem Forderungen der Betrag als pauschale Restebereinigung abgesetzt werden, mit dessen Eingang nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre nicht gerechnet werden kann.

Die Verwaltung rechnet nach dem Schlussbericht nicht damit, dass ca. 82,2 % der offenen Forderungen eingeht und setzte 39.400.691,52 € als pauschale Restebereinigung ab.

Wie setzt sich der Betrag von 47.948.703,53 € zusammen? Die Aufstellung bitte, wie in der Vergangenheit auch, nach folgenden Gesichtspunkten aufgliedern:

- Grundsteuer,
- Gewerbesteuer,
- sonstige Steuern
- Verwaltungs- und Benutzungsgebühren
- Mieten und Pachten,
- sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen,
- Erstattungen für Ausgaben aus dem VWH,
- Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke sowie
- sonstige Finanzeinnahmen.

In welcher Gesamthöhe wurden im Haushaltsjahr 2005 Niederschlagungen auf Forderungen des Verwaltungshaushaltes angeordnet? Sofern die Möglichkeit hierzu besteht, wird um Aufgliederung nach den oben genannten Einnahmearten gebeten.

Wie wurde der Ansatz für die pauschale Restebereinigung von 82,2 % der Gesamtforderungen ermittelt?

In welcher Gesamthöhe sind die Kasseneinnahmereste älter als 5 Jahre, älter als 4 Jahre, älter als 3 Jahre, älter als 2 und im Haushaltsjahr 2005 neu entstanden?

Inwiefern hält die Frau Oberbürgermeisterin, die im Schreiben vom 10.07.2006 zum Schlussbericht 2004 von dem Ressort Kämmerei getroffene Aussage, bezüglich der Verwaltungsanweisung zum Umgang und Abbau von Kasseneinnahmeresten noch für zutreffend?

Zu 3.12.3 Kostenrechnende und sonstige öffentliche Einrichtungen

Sind die Aussagen der Rechnungsprüfung bezüglich der Nutzung der zur Verfügung stehenden Unterlagen zutreffend?

In welcher Höhe sind in den vergangenen 5 Jahren Ausgaben für die Implementierung des auf Seite 33 benannten Berichtswesens entstanden?

Welche laufenden Kosten entstehen für die Einpflegung der Berichtsdaten und der Erstellung der Berichte (einschließlich der Aufwendungen für Dritte)?

Welche Maßnahmen sind beabsichtigt das Berichtswesen einer zweckentsprechenden Nutzung zuzuführen?

Zu 3.13.1. Abschluss, Gesamtergebnis und Zuführungen

Das Rechnungsergebnis des Vermögenshaushaltes weißt sowohl Mindereinnahmen als auch Mehrausgaben auf. Bei welchen Haushaltsstellen des Vermögenshaushaltes kam es zu wesentlichen Planabweichungen? Es wird um Aufgliederung der Haushaltsstellen mit Mehr- oder Wenigereinnahmen bzw. Mehr- oder Wenigerausgaben ab 100.000 € je Einzelansatz gebeten.

zu 5.3.7. Verwaltung der Jugendhilfe

Ist die abschließende Erörterung der zusätzlichen Personalkosten zwischenzeitlich erfolgt?

Wenn ja mit welchem Ergebnis?

Zu 5.4.2. Ausbau der Weststraße

Inwieweit wird die Anregung des Rechnungsprüfungsamtes umgesetzt?“

Herr Geuther gibt zu Beginn der Sitzung nachfolgende Anmerkungen zu Protokoll:

„Anmerkungen zum Prüfbericht

- S. 22 – für 709.000 € lagen die Voraussetzungen nach § 19 GemHVO nicht vor. Die entsprechenden Ausgaben mal aufschlüsseln lassen!
- S. 39 – Kulturmanager, Aussage des RPA ist richtig. Alleinschuld von Frau Unger nachgewiesen. Sie hat schlichtweg die Information nicht weitergeleitet!!
- S. 42 – Empfehlung RPA – Stichproben zur Kontrolle von Einnahmen psychoaktiver Substanzen. Wie soll das aussehen?
- S. 53 – Eigenbetrieb nt, RPA stellt zum wiederholten mal fest, dass es keine Kassenordnung und keine Regelung zur Sonderkasse gibt. Die Stadtverwaltung bestätigt dies in ihrer Stellungnahme, aber wo sind Wege zur Abänderung aufgezeigt? Dies gilt auch für das Thalia-Theater, S. 54.
- S. 40 – Dienstreisen – RPA stellt fest, dass Begründungen hierfür nicht vorliegen, Unterlagen unvollständig sind. Die Stadtverwaltung bestätigt dies in ihrer Stellungnahme; und nun?
- Phänomene S. 68 – Windelweiche Feststellung des RPA und der Stadtverwaltung.

Anmerkungen zur Stellungnahme der Stadt

- S. 5 – Prüffinweis 8 – S. 46 – 3.14 – Außenhaushaltsmäßiger Zahlungsverkehr. Welche ersten Schritte wurden eingeleitet?
- S. 6 – Prüffinweis 12 – Controlling Liquiditätsfluss ARGE – Stadt. Kein zeitnahes Eingreifen durch die Stadt möglich? Was bedeutet die in der Praxis?
- S. 11 – Prüffinweis 22 – „Blütentrainer“. Gibt es keine technischen Geräte wie in jeder Kaufhalle?
- S. 11 – Prüffinweis 23 – Kassenordnung. Was heißt zeitnah?
- Die Verwaltung soll in Zukunft Erledigungstermine in ihre Stellungnahme mit aufnehmen.“

Frau Tannenberg eröffnet die Erörterung zur Schlussberichterstattung 2005 und begrüßt die teilnehmenden Vertreter der Verwaltung. Sie bemängelt das Fehlen eines autorisierten Vertreters der Verwaltung.

Herr Töpper kritisiert heftig, dass kein Vertreter der Verwaltungsspitze anwesend ist, der die Entscheidungsvorlage vertreten kann. Er betont, es geht heute um die Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin.

Die Teilnahme der zuständigen Vertreter der Verwaltungsspitze zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wird allgemein angemahnt.

Frau Weiß erklärt zu S. 20 ff, Tz. 3.7, dass die Aussagen zu allgemein getroffen wurden und fordert einen konkreten Maßnahmeplan unter Angabe von Daten. Der Rechnungsprüfungsausschuss muss stärker kontrollieren.

Herr Kloppe erwidert, dass die Rechnungsprüfung hierzu in einem Schreiben an die Verwaltung bereits Handlungsbedarf eingefordert hat und bis zum 30.09.2007 einen detaillierten Bericht erwartet.

Frau Gruß ergänzt, dass mit den Vorbereitungsarbeiten im Rahmen der Einführung des NKHR und der Erarbeitung der Eröffnungsbilanz diese Thematik hohe Priorität besitzt und die Kassenreste sauber aufgearbeitet werden müssen.

Frau Weiß wünscht zu S. 23, Tz. 3.10 einen Bericht der Verwaltung an den Rechnungsprüfungsausschuss bis zum 30.04.2007, indem die beiden Positionen

- Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen 835.200,00 EUR
- Erwerb von Grundstücken 1.406.800,00 EUR

erläutert werden.

Des Weiteren fordert sie ebenfalls bis zum 30.04.2007 über die auf S. 24, Tz. 3.11 „noch ausstehenden Erläuterungen für die Bestandsübernahmen aus den Jahren 2004 in das Jahr 2005“ zu berichten.

Frau Weiß findet den Begriff „Hoffnung“ im Schlussbericht der Rechnungsprüfung auf S. 33, Tz. 3.12.3 unangebracht und fordert, innerhalb der 2. Jahreshälfte 2007 ein betriebswirtschaftliches Konzept dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen.

Herr Dr. Yousif fragt zu S. 35, Tz. 3.12.4.1, wie die Entwicklung der Personalkosten bis 2011 vorgesehen ist. Bezüglich der Personalausgaben je Einwohner in Höhe von 658,08 EUR wünscht er eine Vergleichszahl zu Magdeburg und eventuell zur Partnerstadt Karlsruhe.

Frau Weiß merkt zu dieser Thematik an, dass die Personalkosten sinken, jedoch der Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeit steigt. Sie fragt ausdrücklich nach der Angemessenheit.

Bezüglich der zum Jahresende 2006 abgeschlossenen 176 Alterteilverträge fordert sie eine Prüfung nach wirtschaftlichen Erwägungen.

In diesem Zusammenhang fragt Frau Weiß nach der Höhe der Kosten der berufsbegleitenden Aus- und Fortbildung für Sozialarbeiter der Hochschule Enschede von 2003 bis 2005 und ob das Ausbildungsziel erreicht wurde.

Herr Neubauer wünscht zu S. 38, Tz.3.12.4.3 eine Prüfung der Kranken-Ausfalltage und fragt, warum diese im Verhältnis zur freien Wirtschaft so hoch sind.

Herr Töpper unterstützt die eingangs dargelegten Anmerkungen von Herrn Geuther zu S. 39, Tz. 3.12.4.5 und merkt an, dass die Verantwortlichkeit klar geregelt war und die verantwortliche Person in den Akten benannt ist.

Frau Weiß und **Herr Wehrich** kritisieren ebenfalls die Feststellung der Rechnungsprüfung bezüglich der Bestimmung eines Alleinverursachers.

Herr Kloppe sichert daraufhin eine Änderung der Formulierung (Austauschblatt) zu.

Frau Weiß bemängelt auf S. 54, Tz. 5.2.3. das Fehlen einer Aussage zur Problematik der Aufwandsentschädigung für die Gastro Kulturinsel GmbH. Die Feststellung im Schlussbericht 2003 dazu hätte verfolgt werden müssen, da das Problem in 2005 noch bestanden hat. Sie fordert daher, diese Thematik außerhalb der Schlussberichterstattung 2005 im Rechnungsprüfungsausschuss zu behandeln.

Herr Wehrich fragt zu S. 63, Tz. 5.3.8, warum die Aufarbeitung der Arbeitsrückstände so langsam vorangeht.

Frau Weiß fordert daraufhin einen Maßnahmenplan der Verwaltung mit konkreter Terminsetzung.

Herr Knöchel schlägt vor, von der Dienstaufsichtsführenden Stelle bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses hierzu einen Bericht zu fordern und eine Einladung zur Sitzung auszusprechen.

Herr Neubauer ist über die im Schlussbericht auf S. 65, Tz. 5.4.1 aufgeführten Daten erschüttert und fragt, ob eine Systematik erkannt werden kann, wie man zu Nachträgen kommt.

Herr Heinz verneint diese Frage und berichtet in Folge über die Ursachen und die im Fachbereich Tiefbau und Straßenverkehr getroffenen Schlussfolgerungen, insbesondere über den Aufbau eines amtsinternen Investcontrolling.

Frau Tannenberg ist über die neue Version der Antwort verwundert und verweist auf die Erklärungen in den Beratungen des Vergabeausschusses und des Finanzausschusses. Sie fordert deshalb, kurzfristig eine Zusammenstellung der Liste der Nachträge und der Stellungnahmen dieser Ausschüsse für die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses auszufertigen.

Frau **Weiß** hat Probleme mit den Ausführungen des Fachbereichsleiters Tiefbau, Herrn Heinz, und ist bereit, eine externe Prüfung der Verantwortlichkeit zu beantragen.

Herr Wehrich reicht die Antwort in der Stellungnahme der Verwaltung zu S. 65, Tz 5.4.2 nicht aus. Nachdrücklich unterstützt er die Feststellung, eine schriftliche Situationsanalyse mit Verbesserungsvorschlägen als Grundlage für eine zukünftige Abwicklung vergleichbarer Maßnahmen erstellen zu lassen. Hiernach stellt Herr Wehrich folgenden **Geschäftsordnungsantrag**:

Der Rechnungsprüfungsausschuss fordert generell eine ausführliche Darstellung und Ergänzung der Stellungnahme bis zum 14.03.2007. In der vorgenannten Thematik geht es dabei um die Frage, wie in Zukunft generell im Baukostenmanagement auf diese Probleme eingegangen werden soll.

Nach ausführlicher Erörterung dieser Thematik stellt **Frau Tannenberg** den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

18:45 Uhr – Herr Adam verlässt die Sitzung.

Frau Weiß kritisiert die Prüfungsfeststellung zu S. 68, Tz. 5.4.5 dahingehend, dass eine zeitnahe Berichterstattung in diesem Fall nichts geändert hätte. Für das Projekt sind im Haushaltsjahr 2005 Zahlungen erfolgt, ohne dass eine Leistung erbracht wurde. Der Knackpunkt ist der mangelbehaftete Vertragsabschluss, der ohne Einbindung des Stadtrates und der Ausschüsse erfolgte.

Frau Wolff unterstützt diese Ansicht.

Herr Neubauer regt eine Prüfung der Verantwortlichkeit und der Regressfrage an.

Herr Weirich fordert eine Beantwortung der Frage, ob aufgrund des Vertrages eine Zahlungsverpflichtung gegeben war.

Frau Tannenberg erwartet die Beantwortung dieser Frage in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.03.2007 im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Weirich fragt zu S. 79, Tz. 5.8.4. nach dem Umgang mit der Feststellung zu den fehlenden Rechnungsnachweisungen.

Herr Kloppe erläutert ausführlich den Verfahrensstand und teilt mit, dass die abschließende Würdigung der Verwaltung noch aussteht. Er bemängelt generell die fehlenden Einzelfallregelungen des Landes Sachsen-Anhalt, wodurch eine Interessenvielfalt im Bewirtschaftungsverhalten der Fraktionen ursächlich festgestellt wurde.

Im Zuge der Erörterung der Thematik stellt **Frau Tannenberg** nachfolgenden **Geschäftsordnungsantrag** zur Abstimmung:

Der Rechnungsprüfungsausschuss fordert die Oberbürgermeisterin auf, bis zur Beschlussfassung im Stadtrat am 30.04.2007 eine Stellungnahme zum Umgang mit Fraktionsgeldern in der Stadtverwaltung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Herr Knöchel regt an, künftig die Jahresrechnungen als Bestandteil des Entlastungsverfahrens an die Fraktionen zu geben.

Frau Weiß schließt sich diesem Vorschlag an.

Frau Tannenberg beendet die Beratung zu TOP 4.1. Die Anfragen der Ausschussmitglieder sollen unverzüglich der Verwaltung zugeleitet werden. Die Schlussberichterstattung 2005 und damit die Beratung der Vorlage werden in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.03.2007 fortgesetzt.

Sie fordert die Verwaltung zur Beantwortung der Anfragen im Rahmen der Überarbeitung der Stellungnahme auf.

Die Frau Oberbürgermeisterin wird zu nächster Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses eingeladen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es liegen keine schriftlichen Anträge vor.

zu 6 Anfragen von Stadträten

zu 7 Beantwortung von Anfragen

zu 8 Anregungen

Zu den TOP 6, 7 und 8 werden auf Nachfrage keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 9 Mitteilungen

- **Fraktionsgelder**

Der Abschluss des Auswertungsverfahrens in Form einer zusammenfassenden Stellungnahme der Verwaltung ist noch im März 2007 vorgesehen.

- **Prüfankündigung des Landesrechnungshofes**

Der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt hat mit Schreiben vom 09.02.2007 (eingegangen am 12.02.2007) eine Prüfung zur Entwicklung der Sozialagentur Sachsen-Anhalt als Landesbetrieb nach § 26 LHO angekündigt. Beginnend ab dem 26.02.2007 werden die örtlichen Erhebungen im Sozialamt der Stadt Halle durchgeführt.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Heidrun Tannenberg
Ausschussvorsitzende

Elke Rost
Protokollführerin